

Aktuelle Informationen aus dem Parlament



NEWSLETTER 18.12.2017

2., 3. und 4. Sitzung des NR am 13.12.2017

Der Nationalrat trat am **13. Dezember 2017** zum zweiten Mal in dieser Gesetzgebungsperiode zusammen und hielt an diesem Tag insgesamt drei Sitzungen ab.

Der neu gewählte [Nationalrat](#) hat auch erste Gesetzesbeschlüsse gefasst. Die Abgeordneten stimmten dem zwischen Regierung und Beamten-Gewerkschaft ausverhandelten Gehaltsabschluss für den öffentlichen Dienst und der von vier Parteien gemeinsam beantragten Nulllohnrunde für PolitikerInnen im kommenden Jahr einhellig bzw. mit breiter Mehrheit zu. Beide Gesetzesinitiativen waren erst am Vormittag eingebracht worden und haben vor dem Nationalratsbeschluss noch den [Verfassungsausschuss](#) passiert.

Gemäß der gemeinsam von ÖVP, SPÖ und FPÖ beantragten [Dienstrechts-Novelle 2017](#) wird das Gehalt der Bundesbediensteten ab 1. Jänner 2018 um 2,33% angehoben. Das gilt auch für Zulagen und Nebengebühren. Außerdem werden einige Detailänderungen im Dienstrecht vorgenommen. Das betrifft etwa zusätzliche Zeitguthaben für ExekutivbeamtenInnen für besondere Erschwernisse im Nachtdienst, die Gewährung einer Ersatzvergütung für die vom Bundesverwaltungsgericht gekippte Erschwerniszulage für bestimmte IT-Arbeitsplätze und Übergangsbestimmungen für die Bestellung von SchuldirektorInnen. Laut Staatssekretärin Muna Duzdar betragen die Kosten für die Gehaltsanpassung 308 Mio. €.

Auf dem Niveau von 2017 eingefroren bleiben hingegen die Politikerbezüge. Davon betroffen sind nicht nur die Abgeordneten zum Nationalrat und die Mitglieder der Bundesregierung, sondern etwa auch der Bundespräsident, die Landeshauptleute und die BundesrätInnen. Ebenso müssen die drei VolksanwältInnen und die Präsidentin des Rechnungshofs 2018 auf ein Gehaltsplus verzichten.

Der Beschluss fiel einstimmig, Basis dafür bildete ein [Vier-Parteien-Antrag](#) von SPÖ, ÖVP, FPÖ und NEOS.

TAGESORDNUNG

<p>1.) Erste Lesung: Antrag der Abgeordneten Mag. Christian Kern, Kolleginnen und Kollegen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Arbeitsmarktpolitik-Finanzierungsgesetz geändert wird (5/A)</p>	<p><i>Die SPÖ spricht sich dafür aus, die Beschäftigungsaktion 20.000 unbefristet zu verlängern und auch nach 2019 jährlich bis zu 540 Mio. € für die berufliche Integration langzeitarbeitsloser Personen über 50 zur Verfügung zu stellen. Durch die Förderung von bis zu 20.000 Arbeitsplätzen in Gemeinden bzw. über gemeinnützige Trägervereine soll die Zahl der über 50-jährigen Langzeitarbeitslosen halbiert werden.</i></p> <p>Status: Zugewiesen an: Finanzausschuss, Beratungen noch nicht aufgenommen</p>
<p>2.) Erste Lesung: Antrag der Abgeordneten Angela Lueger, Kolleginnen und Kollegen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Bundesgesetz vom 24. Oktober 1967 betreffend den Familienlastenausgleich durch Beihilfen (Familienlastenausgleichsgesetz 1967) geändert wird (7/A)</p>	<p><i>Eine bessere soziale Absicherung von Alleinerzieher-Familien in Österreich steht im Mittelpunkt eines SPÖ-Antrags, der auf eine Novellierung des Familienlastenausgleichsgesetzes abzielt. Künftig sollen AlleinerzieherInnen bis zu fünf Jahre einen "unterhaltssichernden Ergänzungsbeitrag zur Familienbeihilfe" (Unterhaltsgarantie) erhalten, wenn ihr Einkommen die Grenze von 55.000 € im Jahr nicht überschreitet.</i></p> <p>Status: Zugewiesen an: Finanzausschuss, Beratungen noch nicht aufgenommen</p>
<p>3.) Erste Lesung: Antrag der Abgeordneten Kai Jan Krainer, Kolleginnen und Kollegen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Körperschaftsteuergesetz 1988 (KStG 1988), das Unternehmensgesetzbuch und das Arbeitsvertragsrechts-Anpassungsgesetz (AVRAG) geändert wird (Gewinnverschiebungs-Bekämpfungsgesetz) (8/A)</p>	<p><i>Mit einem "Gewinnverschiebungs-Bekämpfungsgesetz" will die SPÖ der Verschiebung von Unternehmensgewinnen in Steueroasen entgegenzutreten und schlägt in diesem Sinn Änderungen im Körperschaftsteuergesetz, im Unternehmensbuchgesetz und im Arbeitsvertragsrechts-Anpassungsgesetz vor. Aufwendungen gegenüber konzerneigenen Körperschaften sollen demnach künftig nicht mehr abzugsfähig sein, wenn sie beim Empfänger einem effektiven Steuersatz von</i></p>

	<p><i>unter 10% unterliegen und dieser über keinerlei ökonomische Substanz in Form von eigenen Arbeitskräften und Betriebsräumlichkeiten verfügt.</i></p> <p><i>Status: Zugewiesen an: Finanzausschuss, Beratungen noch nicht aufgenommen</i></p>
<p>4.) Erste Lesung: Antrag der Abgeordneten Wolfgang Katzian, Kolleginnen und Kollegen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Bundesgesetz über die Steigerung der Energieeffizienz bei Unternehmen und dem Bund (Bundes-Energieeffizienzgesetz - EEffG), geändert wird (EEffG-Novelle 2017) (12/A)</p>	<p><i>Gegenstand der vierten und letzten Ersten Lesung in dieser Sitzung ist ein Antrag der SPÖ, der zum Inhalt hat, die Gültigkeit des Energieeffizienzgesetzes des Bundes über das Jahr 2020 hinaus zu verlängern und die Steuerungswirkung des Gesetzes zu verbessern. Demnach sollen Energielieferanten künftig Energieeffizienzmaßnahmen nachweisen müssen, die mindestens 1,5% ihrer Energieabsätze an ihre Endkunden im vorangegangenen Jahr entsprechen.</i></p> <p><i>Status: Zugewiesen an: Verfassungsausschuss, Beratungen noch nicht aufgenommen</i></p>

3. Sitzung des NR im Anschluss an die 2. Sitzung

In dieser Sitzung erfolgen in der Geschäftsordnung vorgesehene Mitteilungen sowie Zuweisungen durch die Präsidentin.

4. Sitzung des NR am 13.12.2017

TAGESORDNUNG

<p>1.) Bericht des Verfassungsausschusses über den Antrag 16/A der Abgeordneten Mag. Wolfgang Gerstl, Angela Lueger, Werner Herbert, Kolleginnen und Kollegen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Beamten-Dienstrechtsgesetz 1979, das Gehaltsgesetz 1956, das Vertragsbedienstetengesetz 1948, das Richter- und</p>	<p><i>Verfassungsausschuss: Antrag auf Annahme des unveränderten Gesetzesvorschlags Dafür: V, S, F, dagegen: N, P</i></p>
---	---

<p>Staatsanwaltschaftsdienstgesetz, das Landeslehrer-Dienstrechtsgesetz, das Land- und forstwirtschaftliche Landeslehrer-Dienstrechtsgesetz, das Landesvertragslehrpersonengesetz 1966, das Land- und forstwirtschaftliche Landesvertragslehrpersonengesetz, das Pensionsgesetz 1965 und das Bundes-Personalvertretungsgesetz geändert werden (Dienstrechts-Novelle 2017) (1 d.B.)</p>	
<p>2.) Bericht des Verfassungsausschusses über den Antrag 17/A der Abgeordneten August Wöginger, Mag. Andreas Schieder, Heinz-Christian Strache, Mag. Dr. Matthias Strolz, Kolleginnen und Kollegen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Bundesverfassungsgesetz über die Begrenzung von Bezügen öffentlicher Funktionäre und das Bundesbezügegesetz geändert werden (2 d.B.)</p>	<p>Verfassungsausschuss: Antrag auf Annahme des unveränderten Gesetzesvorschlags Dafür: V, S, F, N, P, dagegen: -</p>
<p>3.) Erste Lesung: Antrag der Abgeordneten Mag. Andreas Schieder, Kolleginnen und Kollegen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Pflanzenschutzmittelgesetz 2011 geändert wird (18/A)</p>	<p>SPÖ fordert sofortigen Verzicht auf Glyphosat</p> <p><i>Seitens der SPÖ sprach sich Andreas Schieder (SPÖ) für rasche Schritte zu einem Verbot der Anwendung von Glyphosat in Österreich aus. Auch wenn auf EU-Ebene der "falsche" Beschluss einer weiteren Zulassung des Herbizids gefasst wurde, sei es möglich und geboten, ein rasches Verbot in Österreich durchzusetzen. Die nachgewiesenen Gesundheitsgefährdungen des Mittels seien so stark, dass der Gesetzgeber im Sinne des Vorsorgeprinzips rasch reagieren müsse. Heftige Kritik übte Schieder dabei an Aussagen des Präsidenten der Landwirtschaftskammer Hermann Schultes, der das Problem seiner Meinung nach unzulässig verharmlose.</i></p>
<p>4.) Erste Lesung: Antrag der Abgeordneten Mag. Dr. Matthias Strolz, Kolleginnen und Kollegen betreffend ein Bundes(verfassungs)gesetz, mit dem das Bundesgesetz über die Finanzierung</p>	<p><i>Gegen die Valorisierung der Parteienfinanzierung sprachen sich die NEOS mit einem entsprechenden Initiativantrag in Erster Lesung aus. Sie wollen damit verhindern, dass die Parteienförderung</i></p>

politischer Parteien (Parteiengesetz 2012 - PartG) und das Bundesgesetz über Förderungen des Bundes für politische Parteien (Parteien-Förderungsgesetz 2012 - PartFörG) geändert wird ([19/A](#))

mittels Inflationsanpassung erhöht wird. Strolz zufolge wird die bestehende Valorisierungsregel aufgrund der Überschreitung des Schwellenwerts von fünf Prozent voraussichtlich 2018 wirksam.

Pressemeldungen

OTS0161 - 07.11.2017

[Nationalratspräsidentin Bures überreicht Ehrenzeichen der Republik an Abgeordnete](#)

Zehn MandatarInnen des Nationalrats für langjährige parlamentarische Tätigkeit und politisches Engagement geehrt



OTS0197 - 09.11.2017

[Preiner: Für gesundes Essen ohne Gift – SPÖ fordert nationalen Pestizidreduktionsplan](#)

Künftiger Landwirtschaftsminister soll gemeinsam mit Umwelt-NGOs Plan ausarbeiten und Verzicht von Pestiziden garantieren

OTS0185 - 28.11.2017

[Preiner: Glyphosat-Verbot in Österreich absolut notwendig - SPÖ wird Gesetz für nationalen Ausstieg einbringen](#)

Volle Unterstützung für ein nationales Glyphosatverbot kommt vom burgenländischen SPÖ-Nationalratsabgeordneten Erwin Preiner.

OTS0121 - 11.12.2017

[Preiner: ÖVP verharmlost den Einsatz von Glyphosat](#)

SPÖ fordert nationales Glyphosat-Verbot